

<b>Anfrage</b> öffentlich	Datum 09.11.2022	Nummer F0277/22
Absender Stadträtin Nadja Lösch <b>Fraktion DIE LINKE</b>		
Adressat  Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 10.11.2022	
Kurztitel  Geplantes Jugendwohnen im Parzellenweg		

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

seit mehreren Wochen beschäftigt die Thematik rund um das geplante Jugendwohnprojekt im Parzellenweg die Magdeburger Tagespresse. In diversen Beiträgen der Volksstimme wird dezidiert über den jungen Menschen, über den Protest der Anwohner:innen und den durch die Landeshauptstadt eingeleiteten Diskussionsprozess berichtet. In dem Artikel "Suche nach einer Alternative" in der Ausgabe vom 29. Oktober 2022 wird die Oberbürgermeisterin so zitiert, dass seitens der Stadt nach alternativen Unterbringungsmöglichkeiten gesucht werde und sie selbst zur Vermittlung und Information in die Wohnsiedlung kommen wolle.

1. Aus welchen Gründen hat sich die Landeshauptstadt Magdeburg nicht die Betriebserlaubnis des Trägers Redsox-Company vorlegen lassen?
  - 1.1. Ist es allgemein üblich, sich bei kommunal- und länderübergreifenden Hilfen keine Betriebserlaubnis vorlegen zu lassen?
  - 1.2. Wie gelangte die Landeshauptstadt Magdeburg zu dem Entschluss, einem Träger der ambulanten Jugendhilfe ein solches Angebot stationärer Jugendhilfe durchführen zu lassen?
  - 1.3. Was veranlasste die Landeshauptstadt anzunehmen, dass dieser Träger von ambulanten Angeboten auch qualifiziert für stationäre Angebote sei?
  - 1.4. Wann wurde die Einrichtung in NRW seitens des Jugendamtes vor Ort besichtigt und inwiefern wurden dort Kapazitäten der stationären Hilfen zur Erziehung gem. der Heimrichtlinie des Landes Sachsen-Anhalt vorgefunden?
2. Wann und mit wem fanden unter Beteiligung des Jugendamtes Hilfeplangespräche mit dem Träger Redsox-Company und dem Jungen sowie dessen Personensorgeberechtigten statt? Wenn diese nicht stattfanden, warum?
3. Zu welchem Zeitpunkt wurde das Landesjugendamt in diesem Fall von selbst tätig und/oder seitens der Landeshauptstadt informiert oder einbezogen?
4. Welche Baumaßnahmen und Planungen sind im Haus im Parzellenweg aktuell in der Umsetzung und Planung?
5. Wie bewertet die Oberbürgermeisterin die Unterschriftensammlung gegen die Unterbringung des Jungen im Parzellenweg, die u.a. von einer Kindertageseinrichtung als auch einer Grundschule mitgetragen werden?
6. Welche Maßnahmen plant die Oberbürgermeisterin, damit die Einrichtung der Jugendhilfe dort Fuß fassen kann und inwiefern soll dazu ein geordneter Dialogprozess mit den Anwohner:innen initiiert werden?

7. Inwiefern bewertet die Oberbürgermeisterin den Sozialdatenschutz in diesem Fall als beachtet, wenngleich Großteile der Lebensgeschichte des Jungen, wenn auch namentlich anonymisiert, der Öffentlichkeit preisgegeben wurden?
8. Inwiefern sieht die Oberbürgermeisterin die Kinderrechte verletzt, da sich Aktionen im Stadtteil gegen die Person des jungen Menschen richten und persönliche Informationen herausgegeben wurden? Welche nächsten Schritte sind geplant, um das Kindeswohl des jungen Menschen zu gewährleisten?
9. Welche Anfrage eines Anwaltes liegt der Stadt bezüglich der Umnutzung des Hauses im Parzellenweg vor? Wie reagiert die Stadt darauf?

*Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.*

Nadja Lösch  
Stadträtin